

**6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren**

**6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren**

<b>1. Abschnitt: Die Polizeibehörden</b>		
<b>Behörden</b>	<b>Rechtsnormen</b>	<b>Aufgaben</b>
<b>Landespolizeibehörden</b>	- Art. 30, 70 ff. GG - Polizeigesetze der Länder	gemäß den Polizeigesetzen der Länder
<b>Bundeskriminalamt</b>	BKA-Gesetz	Bekämpfung länderübergreifender und internationaler Kriminalität
		nationales Zentralbüro der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol)
		zentrale Informationssammlung und -auswertung
		Führung eines Informationssystems deutscher Sicherheitsbehörden hinsichtlich des internationalen Terrorismus
		Erstellung kriminaltechnischer Untersuchungen und Forschungen auf Verlangen
		Koordination der Länderpolizei
		ausnahmsweise: polizeiliche Strafverfolgungsaufgaben
<b>Bundesamt für Verfassungsschutz</b>	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in den Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen nur Informationssammlung und -auswertung (keine polizeilichen Eingriffsbefugnisse)
<b>Bundesgrenzschutz</b>	Bundespolizeigesetz	

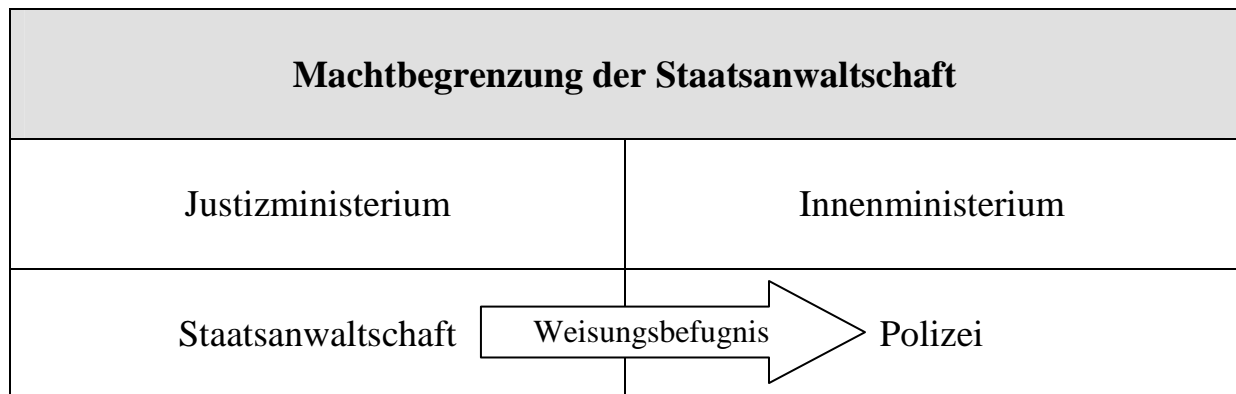
**6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren**

**2. Abschnitt: Präventive – repressive – proaktive Tätigkeit**

<b>Polizei-Tätigkeiten</b>		
	<b>präventive</b>	<b>repressive</b>
Bedeutung der Abgrenzung	Schutz der Freiheit der Bürger: keine Umgehung der Schutzgarantien der StPO durch ein „Ausweichen“ auf die präventivpolizeilichen Befugnisse	
Tätigkeiten und Rechtsgrundlagen	Verhinderung <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">zukünftiger</span> Straftaten gem. den Polizei- und Ordnungsgesetzen der Länder	Aufklärung <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">begangener</span> Straftaten gem. der StPO
Entscheidungskompetenz	Weisungsrecht des jeweiligen Polizeivorgesetzten	Weisungsrecht der Staatsanwaltschaft
Rechtsschutz	nach den Regeln des Verwaltungsrechts	nach den Regeln der StPO und nach § 23 I EGGVG
Grenzfälle	Maßgeblichkeit des <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">Schwerpunkts der Tätigkeit</span>	
Lockerungen der Unterscheidung	A. Datenübermittlung (sehr problematisch) 1. Einsatz von Daten aus präventiver Tätigkeit für repressive Tätigkeit 2. Einsatz (und Speicherung) von Daten aus repressiver Tätigkeit für präventive Tätigkeit (str.) - § 481 StPO	
	B. Pro-Aktives Handeln der Polizei (Vorfeldermittlungen) - Konsequenzen: 1. Aufhebung der Trennung von präventiver und repressiver Tätigkeit → willkürliche Auswählbarkeit der Rechtsgrundlagen der Tätigkeit 2. Wegfall der Gefahr und des Verdachts als Eingriffsschwellen → jeder Bürger wird zum tauglichen Eingriffsobjekt	

**6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren**

**3. Abschnitt: Zum Verhältnis zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft**



<b>Weisungsbefugnis der Staatsanwaltschaft gegenüber allen Polizeibeamten (§ 161 StPO)</b>		
<b>Tätigkeitsbereich</b>	nur bei repressiver Tätigkeit	
<b>Personen</b>	Ermittlungsbeamte der Staatsanwaltschaft  (früher „Hilfsbeamte“)	übrige Polizeibeamte
<b>Verhältnis</b>	unmittelbare Über- / Unterordnung	keine unmittelbare Über- / Unterordnung
<b>Art der Weisungsbefugnis</b>	Anordnung  (Ermittlungsaufträge gem. § 161 I 3. Fall StPO)	Ersuchen
<b>Wirkung</b>	Folgeleistungspflicht gem. § 152 GVG	Entsprechenspflicht gem. § 161 I 2 StPO

**6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren**

<b>Eigeninitiative Tätigkeit der Polizei im repressiven Bereich</b>		
<b>Grundsatz</b>	Die Polizei hat von sich aus Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub duldenden Anordnungen zu treffen (§ 163 I 1 StPO).	
<b>Spezielle Aufgabenzuweisungen</b>	Rasterfahndung	§§ 98 a – 98 c StPO
	Observation	§ 100 h StPO
	Längerfristige Beobachtung	§ 163 f StPO
	Lauschangriff	§§ 100 c, d, f StPO
	Einsatz verdeckter Ermittler	§§ 110 a ff. StPO
	Schleppnetzfangung	§ 163 d StPO
<b>Ermittlungsgeneralklausel</b>	§§ 161 I, 163 I StPO	
	eingeführt durch das StVÄG 1999	
	Prinzip der Einzeleingriffsermächtigung zugunsten der Staatsanwaltschaft und ihrer Ermittlungspersonen	
	Einführungsgründe: ständig neue Kriminalitätsformen immer neue Aufklärungstechniken	
	kein Ersatz für Ermächtigungen hinsichtlich <b>intensiver grundrechtsrelevanter Eingriffe</b> (Orientierung an den speziell normierten Einzeleingriffsermächtigungen)	
<b>Ermittlungen nach dem ersten Zugriff</b>	gesetzliche Regelung:	- unverzügliche Weiterleitung an die StA - Ermittlungsübernahme durch die StA (§ 163 I, II 1 StPO)
	Realität:	zumeist Fortführung der Ermittlungen durch die Polizei, bis zur Anklagereife

## 6. Teil: Zur Stellung der Polizei im Strafverfahren

<b>4. Abschnitt: Zwangsrechte der Polizei</b>		
<b>Befugnisse aller Polizeibeamten</b>	vorläufige Festnahme	§§ 127 I 1, II StPO § 163 b I 2 StPO
	erkennungsdienstliche Maßnahmen	§ 81 b StPO § 163 b I 3 StPO
	Identitätsfeststellung	§ 163 b StPO
	Herstellung von Bild- aufnahmen Einsatz sonstiger techni- scher Mittel	§ 100 h StPO
	Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen, Sachverständigen	§ 163 a I, IV, V StPO
<b>Befugnisse nur der Ermittlungspersonen</b>	körperliche Untersuchungen beim Beschuldigten	§ 81 a II StPO
	körperliche Untersuchungen von Zeugen	§ 81 c V StPO
	Durchsuchungen	§ 105 I 1 StPO
	Beschlagnahmen	§ 98 I StPO
	Einrichtung von Kontrollstellen	§ 111 II StPO
	Ausschreibung zur Fahndung	§ 131 I StPO